

Neubauer-Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erschint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Mannmann Weig, Markt 31/32.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen lohnen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkassa Neuba — Bankverein Arten.

Nr 84

Donnerstag, den 17. Juli 1930

43. Jahrgang

Hindenburg sagt ab.

Er nimmt an den preussischen Rheinlandeisen nicht teil.
Berlin, 15. Juli.

Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt, weil das Verbot des Stahlhelms für Rheinland und Westfalen bisher nicht aufgehoben wurde. Er hat seine Abgabe in folgendem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Band der Frontsoldaten, im Rheinland und in Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zumiderlaufend betrachten muß, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne.

Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbots, für die sich auch die Reichsregierung inwieweit veranlaßt hat, wobei ich in Aussicht gestellt, trotz wiederholter Ermahnungen sie aber bisher nicht verfügt.

Stattdessen hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Reichsfenster übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Beibehaltung und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preussische Staatsministerium meinen von der Reichsregierung unterstellten Wunsch nicht zu unterstützen geneigt sind. Damit scheitern die von Stahlhelm, Band der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandeisen-Befreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mit zu betreiben, während alle anderen Verbände bei allen Befreiungsfeiern, die aus Anlaß der Befreiung stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl auftreten.

Diese ungleichermaßen Behandlung ist für mich unerträglich.

Ich kann es mit meiner verfassungsmässigen Pflicht zur Reichspräsidenten nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist.

Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen.

Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung! bez. von Hindenburg.“

Die Reise des Reichspräsidenten nach der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, dem 20. Juli, abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Der Grund im Reichstag.

Der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten Braun mit der Abgabe des Rheinlandeisenverbots wegen der Nichtaufhebung des Stahlhelmsverbotes hat im Reichstag wie eine Bombe gewirkt.

Die bevorstehenden Ereignisse im Reichstag selbst sind gegenwärtig völlig in den Hintergrund gedrängt.

Den meisten Abgeordneten ist der Brief gänzlich unbekannt geblieben. In der deputationsförmigen Reichstagsfraktion wurde der Wortlaut des Briefes unter lebhaftem Beifall verlesen. Von maßgebender sozialdemokratischer Seite wird der Brief als ein Konfliktstoff schärfster Art bezeichnet.

Man ist dort der Meinung, daß es sich um einen bewußten Vorstoß handele, um die preussische Regierungskoalition in Schwierigkeiten zu bringen. Auf Seiten des Zentrums hält man sich in der Beurteilung der Wirkung des Briefes noch zurück. Im Reichstag lag man auch den Führer des preussischen Zentrums, den Abgeordneten Seyd. Das preussische Staatsministerium hat sofort nach Veröffentlichung des Hindenburgbriefes eine Sitzung einberufen.

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 16. Juli.

Wie der Ämliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun am unter dem 15. Juli an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Antwortschreiben geschrieben:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erleben daß Sie Ihre Teilnahme an den preussischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nunmehr

von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelassenen Gruppen des Stahlhelms, Band der Frontsoldaten e. B., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als bekanntlich die Wirkung in die Befreiungsfeiern hinein kommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vernichten sehen würde.

Um Ihrem Wunsch, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der preussische Minister des Innern in meinem Antwortschreiben dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelassenen Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelassenen Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen seine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms verbindliche Zusicherungen für eine fünfstufige, den bestehenden Belegen nicht zumiderlaufende Betätigung gemacht würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Führerschaft beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Zulassung des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 zumiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gelegentlich zuständigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einmündiger und reichhaltiger Sachkenntnis erteilt haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, dieses Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil die Grundlage gebildet hat.

Ich wäre noch wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm eingehenden Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gefährlichkeit seines fünfstufigen Verhältnisses als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgibt und damit von sich aus das Hindernis des Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegenstellt, aus dem Wege räumt.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die ich Ihrer Reise in das Rheinland entgegengebracht habe, nach zu beheben, und daß es der Bundesregierung des preussischen Gebiets vermag sein wird, doch noch Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener
ges. Braun.

Die Entscheidung im Reichstag.

Des Kanzlers Erklärung.

Berlin, 16. Juli.

Wieder ein entscheidungsmittler Tag im Reichstag: Autos über Autos vor dem Portal, gedrängtes Hin und Her in allen Sitzungssälen und auf den Wandelgängen. Es war aber nicht nur ein logenreicher großer Tag. Die ungeliebte schwerwiegende Entscheidung, vor der der Reichstag diesmal stand, verbreitete im Hause jene lähmende Spannung, jene allgemeine Nervosität und Antriebslosigkeit, die sich in allen Mienen ausdrückte und die am Dienstag noch durch die wie eine Bombe wirkende Abgabe Hindenburgs verstärkt wurden. Was wird werden? Die Frage hängt an allen Gesichtern zu lesen. Auch die Spitzensträger sind an solchen Tagen stumm. Ein Redner kamst auf, wird lebhaft diskutiert, wieder versinken, um einem anderen Platz zu machen. Wie brodelndes, schwarzes Gemütsgetöse löstete der Art. 48 über dem Hause. Die Entscheidung war ja eigentlich schon gefallen, als das „Nein“ der Reichstagsfraktionen fehlte. Was darüber, welches der Inhalt des so sorgfältig geheimgehaltenen Kabinettsbeschlusses war, liefen in den Wandelgängen die verschiedensten Kombinationen um. Sowie wählte man bereits, daß eine Reichstagsauflösung notwendig sein würde, wenn die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung noch nicht vorlag.

Schließlich nach die entscheidungsvolle Stunde, mo zum erstenmal seit Bestehen der Weimarer Verfassung bei „Anstich des Reichstag“ über keinen Vorstoß der Reichstagsfraktionen berichtet werden soll und der vermutlich binnen wenigen Tagen eine noch entscheidungsvollere folgen wird: die der Auflösung des Reichstages.

Der Sitzungsbericht.

Präsident Lohse eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages wird mit der Beratung der Bedingungsfragen verbunden. Zur Beratung stehen zunächst die Anträge wegen des Neubereitungsbeschlusses. Der Ausschuß schlägt vor, dem Oberbürgermeister Breslau einen Betrag bis zu einer Million Mark zu überweisen mit der Maßgabe, daß auch die vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzelsummen des

niedererleidlichen Bergbaues aus diesen Mitteln befristet gewährt werden können. Ferner wird die Reichsregierung erläßt, mit größter Beilegenheit die Ursachen des Unfalls festzustellen und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern. Die Ausschlußanträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Weingeleges. Nach kurzer Aussprache wird das Weingeleg in wesentlichen in der Ausschlußfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Bestimmungen über den Hydriewein sollen nicht, wie der Ausschluß beabsichtigt hat, 1940, sondern bereits am 1. September 1935 in Kraft treten. In der Schlußabstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Das Haus geht dann zur zweiten Beratung der Deckungsanträge über. Die Regierungsparteien haben die ursprünglichen Regierungsvorlagen und die Bürgersteuer als Verbesseerungsanträge eingebracht. Ferner sind verbunden mit der Beratung ein kommunikativer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung und der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages.

Reichstagsrat Dr. Brüning

leitet die Beratungen ein. Er stellt fest, daß es angesichts der gesamtpolitischen Lage und der wachsenden Verhandlungen nicht notwendig sei, viele Ausführungen zu machen. Das Volk verlange die Entscheidung und keine weiteren Reden. Auf dem Lande löst ein Gefühl der Unsicherheit, das auf eine Entfremdung der Wirtschaft hinweist, die nicht nur die deutsche Regierung quingen wird, bei den E voranschlagen sich außerordentlich Gesinnungsfähigkeit zu entwickeln. Eine große Zahl von Produkten hat bereits das Kriegsniveau unterschritten. (Zurufe links: Bei uns sind sie teurer geworden!) Es behält sich immer mehr, daß wir es nicht mit einer konjunkturellen Depression vorübergehender Art zu tun haben, sondern mit einer völligen Strukturumwandlung der gesamten Weltwirtschaft. Wenn eine Reichsregierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, alle notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, dann hätte sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem heutigen Volk schwerlich erfüllt. (Zustimmung in der Mitte.)

Deshalb müssen wir den Mut haben, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zuzumuten. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, besteht kein Grund, in schrankenlosen Pessimismus zu verfallen.

Die Voraussetzung für die Durchführung aller Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen, ist aber, daß vorher das Defizit des Reichshaushalts beseitigt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Das Ziel der Regierungspolitik ist, eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichem Plan durchzuführen und gefählich zu veranlassen.

Diesem Ziele dienen auch die für den Herbst beabsichtigten Maßnahmen. Alle diese Vorhaben wären erfolglos, wenn das Parlament jetzt nicht die Verantwortung aufbringen würde, seine Pflicht zu erfüllen. Die Reichsregierung ist jetzt überzeugt, daß der Reichstag dieser Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten gerecht werden wird. Es ist eine große Stunde für den Reichstag angebrochen.

(Beifall links und rechts: Bankrott!) Demokratie und Parlament werden am besten gefördert durch den Mut zur Verantwortung, auch zu unpopulären Maßnahmen. Sollte der Reichstag diese Verantwortung nicht aufbringen, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie und allen verfassungsmässigen Mitteln Gebrauch machen, die zur Beseitigung des Defizits im Reichshaushalt notwendig sind. (Beifall und Säuselungen in der Mitte.)

Abgeordneter Effer (Ztr.)

beantragt, jetzt nicht in eine allgemeine Aussprache einzutreten, sondern lediglich den Artikel 1 mit vierhundert Abgeordneter zur Besprechung zu stellen, um dann sofort darüber abzustimmen.

Abgeordneter Dittmann (Sob.)

stellt den Antrag, die Sitzung um eine Stunde zu versetzen, damit keine Fraktion, zu dem Vorlesung des Abgeordneten Effer Stellung nehmen könne.

Abgeordneter Torgler (Komm.)

protestiert dagegen, daß die Aussprache auf diese Weise abgebrochen werden solle.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wird der Beratungsvertrag angenommen.

Um 5 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Antrag von Abg. Effer (Ztr.) wird mit der Mehrheit angenommen; daß die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt wird.

Abg. Kell (Sob.)

weist darauf hin, daß große Kreise des Volkes dem Kabinet vom Tage seiner Entlassung an starkes Mißtrauen entgegengebracht hätten. Auch die Anhänger des Kabinetts seien durch jene Laute schwer enttäuscht worden. Die Regierung befände sich heute in einer Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gibt: zurück! Wir fordern größere Entschlossenheit

A 1
Universitäts- und Landesbibliothek



Haushalt, aber nicht auf Kosten der unglücklichen Opfer einer planlosen kapitalistischen Wirtschaft. Bei der Zustimmung über den Artikel 1 werden wir uns enthalten. Wir werden nochmals eindringlich bitten, die Regierung zu ersuchen, daß sie kein Instrument zur Rettung einer Regierung ist, die sich verreckt hat. Es ist nicht der Mühe wert, die starken Kräfte unserer Partei nutzlos zu machen, (wegen dauernder Störungen) enthalten kommunistische Abgeordnete (Drucksetzung). Wir werden auch eine Volkseinstellung in der Reichsversammlung nicht zu fördern haben. (Beifall bei den Sozialisten).

Abgeordneter Dr. Oberhofen (DnL)

gibt darauf von seinem Abgeordnetensitz aus folgende kurze Erklärung ab: Die deutsche nationale Reichsversammlung ist der Auffassung, daß eine irgendeine wesentliche Veränderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung nicht eingetreten ist. Die Forderung der deutschen nationalen Reichsversammlung ist daher einsehlich, auf den Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung abgegeben hat.

Abgeordneter Dr. Föhr (Ztr.)

stimmt der Deckungsvorlage zu. Sie ist sicherlich in manchen Einzelheiten unpopulär und verlange Opfer von allen Volksteilen. Im Interesse der Sanierung der Reichswirtschaft seien diese Opfer aber notwendig. Es muß der Weg freigemacht werden für eine dauerhafte Reform des Finanzwesens, für eine Sicherung der Sozialversicherung und für die Arbeitslosigkeit gefeuert werden soll. Das Zentrum stellt sich in dieser Stunde hinter die Regierung, weil es sich seiner Verantwortung vor Volk und Vaterland bewußt ist.

Abgeordneter Dr. Neubauer (Komm.)

erklärt, der Reichsanwalt habe das Gesamtprogramm einer tatsächlichen Diktatur entwikkelt. Trotzdem aber mache die Sozialdemokratie der Regierung jetzt eine Liebeserklärung.

Zurückziehung der Preussischen Schulgebote

Weimar. In unterrichteten Kreisen verläuft das die Thüringischen Schulgebote durch das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 11. Juli als verfassungswidrig erklärt wurden, dadurch a f g e h e n werden sollen, daß im Ministerrat des Thüringischen Ministeriums das Urteil des Staatsgerichtshofes mit seiner Begründung veröffentlicht wird. Dies werde als Aufhebung des Erlasses gelten.

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl in Sachsen.

Dresden, 16. Juli. In der Sitzung des Sächsischen Landtages wurden bei der Wahl des Ministerpräsidenten 46 Stimmen für Dr. Krug von Nidda abgegeben. Für ihn stimmten die Nationalsozialisten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Sächsisches Landvolk, Wirtschaftspartei, Volkrechtspartei und Christlich-Sozialer Volksblock. Die Sozialdemokraten stimmten für Dipplini, der 32 Stimmen erhielt. Die Kommunisten gaben 13 Stimmen für Renner ab, die Demokraten 3 Stimmen für Dr. Kühn und die Volkssolidarität 2 Stimmen für Dr. Richter. Die Wahl war somit ergebnislos.

Pöligischer Saug des Ständehauses.

Dresden, 16. Juli. Da bei den letzten Landtagswahlen verschiedene Mitglieder des Landtages Verhältnisse des Gebäudes von den Demokraten beschuldigt und zum Teil sogar tätlich angegriffen wurden, hat das Polizeipräsidium für die Sitzung des Landtages entsprechende Maßnahmen getroffen, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. Vor dem Landtagsgebäude wurden Polizeibeamte für eine geordnete Abwicklung des Verkehrs. Vor dem Polizeipräsidium stehen 4 Streifenwagen, um eventuelle Demonstrationen im Sinne zu verhindern.

Ueberrichtung der deutschen Antwort in Paris.

Paris, 16. Juli. Reichsminister von Heindl hat die Antwort auf die Briand-Denkföhr im französischen Zusammenfassend überreicht. Der Wortlaut der Antwort wird in Paris und in Berlin gleichzeitig veröffentlicht werden.

Schwere Unruhen in Mexanorien.

London, 16. Juli. In Mexanorien sind schwere Unruhen ausgebrochen, die noch andauern. Sie begannen morgens, als von den Nationalisten ein zweifelhafte Generalfeld angezündet wurde. Demonstrationen zogen mit dem Ruf „Lang lebe Carlos“ durch die Straßen. Eine erregte Menge griff die Polizei mit Steinen an und ermordete die des Mahomet-VII-Platzes im Zentrum der Stadt. Sie wurde aber bald von der Polizei auseinandergetrieben. Die Europäer luden in der Börse eine Zustufte. Die Menge stürzte mehrere Straßen an und setzte sie in Brand. Die Polizei zog sich auf das Dach des Gerichtshofes zurück und eröffnete dort ein Feuer auf die Menge. Zahlreiche Personen sollen getötet worden sein.

Aus dem In- und Ausland.

Die Strafanträge im Hoyerwoonzenprozeß.

Berlin, 16. Juli. Im Hoyerwoonzenprozeß beantragte der Oberstaatsanwalt wegen gemeinschaftlichen fortgesetzten Minderwertens in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Festsatzes gegen Sabatierleitschmidt zwei Jahre fünf Monate Gefängnis, gegen Rarumbe zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Bell ein Jahr sieben Monate Gefängnis, gegen Böhm vier Monate Gefängnis und gegen Schmidt 6000 Mark Geldstrafe. Bei dem Angeklagten Dr. Weber wurde beantragt, die Berufung der Staatsanwaltschaft zu verwerfen.

Schweden bezeichet Danenuropa als vertriebt.

Stockholm, 16. Juli. Der schwedische Außenminister hat dem französischen Gesandten in Stockholm die Antwort Schwedens auf Briands Denkschrift übergeben. Schweden steht dem Gedanken einer engen und gemeinsamen Zusammenarbeit der europäischen Staaten durchaus mißbillig gegenüber und will gern an der Aussprache in Genf teilnehmen. Es hätte es aber für vertriebt, schon jetzt einen europäischen Zusammenstoß mit jährlichen Konferenzen usw. zu bilden.

Vor einer englischen Regierungsföhr?

London, 16. Juli. Die englische Regierung beantragt die europäische Staaten durchwegs mißbillig gegenüber und will gern an der Aussprache in Genf teilnehmen. Es hätte es aber für vertriebt, schon jetzt einen europäischen Zusammenstoß mit jährlichen Konferenzen usw. zu bilden.

Der Pappi gegen den Bolschewismus.

Neapel, 16. Juli. Während einer Audienz, die der Pappi einer amerikanischen Werbung gewährte, nahm er die Ges

legenheit wahr, erneut seine Meinung gegen die Gefahr des Bolschewismus zu äußern. Er meinte, man überlege nicht in den Vereinigten Staaten die Erhebung des Bolschewismus, aber die Millionen von Arbeitlosen hätten ein geeignetes Feld für das Handeln der kommunistischen Propaganda.

Amerika und das Flottenabkommen.

Neuer, 16. Juli. Die Washingtoner Regierung legt ihre ganze Energie ein, um die Ratifikation des Flottenabkommens beim Senat durchzusetzen. Präsident Hoover wendete sich an den Senator Watson, den Führer der Republikaner, und an den Auswärtigen Ausschuß des Senats mit der Bitte, ihr Möglichstes zu tun, um die zunehmende Zustimmung bis zum 24. d. Mts zu ermöglichen. Es wurde befohlen, alle abwesenden Senatoren telegraphisch aufzutrackern, nach Washington zu kommen, damit die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht werde.

Kleine politische Meldungen.

Hindenburgs Beiseid zum Tode des Oldenburgers Ministerpräsidenten. Der Reichspräsident hat anlässlich des Ablebens des Oldenburgischen Ministerpräsidenten von Hinz seine Teilnahme zum Ausdruck gebracht.

Die holländischen Nationalsozialisten beantragen Landtagsauflösung. Die nationalsozialistische Fraktion des holländischen Landtags hat einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht, da seine Zusammensetzung nicht mehr den Willen des holländischen Volkes zum Ausdruck bringe.

Um die Erhöhung des englischen Arbeitslosenversicherungsfonds. Die britische Regierung wird in dieser Woche das Gesetz über die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsfonds auf 60 Millionen Pfund einbringen.

Trotsky wieder in Moskau verhaftet. Der russische Staatsverlag hat die Bücher Trotsky aus dem Verkehr gezogen und auch aus sämtlichen Bibliotheken entfernt. Die Werke dürfen nicht mehr in der Sowjetunion verkauft werden.

Aus der Umgegend

Nebera, 17. Juli.

— Zepplin überfliegt Jochen das Luftstrahl und unsere Kreisbahnhöfe Duerfurt. Es landete eine neue normalluft aus Duerfurt telefonisch zugewandte Mitteilung. Diesmal besaßen wir in Nebera von dem Niederkopf allerdings nichts zu sehen, wir freuen uns aber doch, daß Zepplin wenigstens nahe vorbeifliegt und sich auch einmal über dem Sitz unseres Verkehrsbehörden, der Kreisbahnhöfe Duerfurt gezeigt hat. In Nebera hat man auch diesmal die weißschwarze Zigarre aus größerer Entfernung sehen können. Das Luftschiff zog hoch in den Lüften seine Straße von Siegeln kommend hinter Nebera mit Aus Duerfurt—Wald. Hoffentlich kommt er das nächste mal etwas näher an Nebera heran.

— Aus dem Kinder-Erholungsheim. Seit dem 27. Juni befinden sich eine Anzahl erholungsbedürftige Kinder aus dem Kreise Duerfurt im Dörfchen Köpplitz. Auch aus Nebera und Nebera sind einige Kinder dort, denn allem Volkchen nach der Verfall der Erde sehr gut gefällt. Zehnfachmäßig verlangen die kleinen Kinder in ihrer Sommerfrische auch das Vermaßtändchen ausgehandelt, um danach zu erfahren, was es Neues zuhause gibt, und sich bei den Angehörigen der Eltern zu erkundigen. Die Eltern sind sehr dankbar für die Sorgföhr der Kinder, die sie in Köpplitz finden.

Einen Tag im Erholungsheim an der Döffe.

Einen Tag im Erholungsheim zu erleben ist sehr schön. Früh um 7 Uhr geht die Schmelze bzw. Tante herum und weckt dann mich bei jeder Hofe befehlen, in den Waldraum gehen und sich gegen den Dörfchen setzen. Wenn man sich angesehen hat, wird das erste Frühstück eingenommen. Danach geht es zu den Strand, wo nach einer Weile das zweite Frühstück gegessen wird. Beim Baden darf nicht an die Molen herangegangen werden. Um 12 Uhr geht es zum Mittagessen, welches aus einem Teller Suppe, einem Teller Kartoffeln oder Gemüse und Kompott besteht. Nach dem Essen muß man sich bis zum Kaffeetrinken hinlegen. Wenn Staffe getrunken ist, geht es in den Wald und um 8 Uhr in das Bett.

— Jahrespartie. Am 23. Juli wird, wie bereits berichtet, der Altersrats- und Verkehrsverein des Kreises Duerfurt die Stadt Aiten besuchen. Es ist dies die sogenannte Jahrespartie, die der Verein ausführt. 1/3 Uhr wird im Rathensaale der Aitenratsschiffahrt Herr Engelhardt die Gäste begrüßen und im Anschluß an das große Stabilität über Urzeiten und neuere Geschichte unserer Heimat sprechen, ferner der Urkundenwart Herr Jange Aiten die Geschichte der Stadt, und der Wappenswart Herr Hertenberg im Wappensamt der Stadt, und schließlich führt der Geschäftsführer der Aitenratsschiffahrt Herr Götze die Stadt zum Schlußwort, wo Duerfurter und Aitener Vermaßtändchen eingenommen werden. Die Mitglieder des Altersratsvereins sind dem Luftstrahl mit dem, falls eine gemeinsame Autofahrt nicht zustande kommen, zum 24. Juli 14⁰⁰ ab Nebera fahren; sie werden dann nach rechtzeitig in Aiten eintreffen, denn man wird mit dem Beginn der Beschäftigung auf diese Jugendverbände Rücksicht nehmen. — Zu begrüßen wäre es, daß sich die Teilnehmer im Laufe dieser Woche in der Aitenerischen Buchhandlung anmelden.

— Beihilfen zum Anpflanzen von Obstbäumen und Beerensträuchern werden nach den einschlägigen ministeriellen Bestimmungen in diesem Jahre gewährt, und zwar in erster Linie für im kommenden Herbst geplante Anpflanzungen. Für die in der Pflanzperiode 1929/30 bereits ausgeführten Anpflanzungen können Beihilfen nur gegeben werden, soweit Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Anträge auf Gewährung einer Beihilfe sind umgehend an die Landwirtschafsstämmer für die Provinz Sachsen in Halle (Saale), zu richten.

Höfchen. Bernstift wird seit Montag 8 Uhr vorm. der Hiesigkeitshilfswillig. In der letzten Wohnung hinterließ er sein Fortemommen und Aufschied. Nachrichten über seinen Verbleib enthält die Aitenratsschiffahrt der Aitenratsschiffahrt. Beim Kreisbahnhöfen stürzte am Montag der 80jährige Landwirt Julius Weller von der Veiter und zog sich schwere innere Verletzungen zu, an deren Folgen er bald darauf verschied.

Dannhoff. Wie schnell und unerwartet der Tod eine nicht wieder schließbare Klade im Familienleben reifen kann, zeigt ein Fall in unserer Döffe. Der sich hier und in der Umgegend all gemeiner Beliebtheit erfreuende Gemeindeglieder Gustav Landes, der als geheimer und tüchtiger Mann galt und mit seinen 50 Lebensjahren noch im besten Mannesalter stand, verstarb vor einigen Tagen an Unwohlsein, das ihn veranlaßte, eine Pause in seinem Beruf zu machen und im Bett zu bleiben. Sein Zustand ver

schlimmerte sich rasch, der Arzt mußte zu Rate gezogen werden, aber auch ärztlicher Kunst war es nicht mehr möglich, den Mann zu retten. — er verstarb nach kurzer Zeit des Brunnens. Die letzten Seinsmomente an ein reiches Ende seiner Existenz, haben gedauert, jetzt schon der Luftland, daß er vor kurzem den Neubau eines Wohnhauses in Angriff nahm, um eine Gemalt für sechs Alter sich zu schaffen. Dieser Plan ist z. B. etwa zur Hälfte fertiggestellt.

Land. Die Zuckerfabrik Landau, die in den letzten Jahren ihr Geschäft wesentlich verbessert hat, ist seit längerer Zeit an einem empfindlichen Mangel an gutem Wasser. Angeregt durch die erfolgreiche Bohrung, die die Stadt Landau für das Brauereigewerbe durchgeführt hat, ließ sie einen Wäschfruchtungsbohrung, um ihr Gelände nach gutem Wasser abzurufen. Der Wäschfruchtungsbohrung, Otto Eder u. Graede aus Gerabro (Hr.), fand zwei Wasserbrunnen. (Eine liegt in der Nähe von zwei nur wenige Meter tiefen Brunnen, die die Zuckerfabrik verhältnismäßig selbst haben graben lassen. Die zwei Brunnen sind nur 5—6 Meter tief und es zeigte sich, daß sie von der Dampfbohrer nur ein etwas überauswässerter erhalten und infolge dessen nur wenig ergiebig sind. Eine zweite Bohrung aber wurde in unmittelbarer Nähe der Zuckerfabrik gefunden und für sehr ergiebig bezeichnet. Die Zuckerfabrik entschloß sich, an dieser Stelle eine Bohrung mit großem Durchmesser ausführen zu lassen und übertrag die Arbeiten der Stadt- und Wäschfruchtungsbohrung in Ausführung a. S. Das Bohrloch wurde mit einem Durchmesser von 80 Zentimeter begonnen und erreichte eine Tiefe von 70 Metern. Das Bohrerloch sehr hart war, wurde es abgebohrt und das Bohrloch so vertriebt, daß nur das reine Brunnenwasser aus dem Bohrloch in der Bohren hochsteigt. Je tiefer das Bohrloch wurde, desto weicher wurde das Wasser, und während das erste Wasser 35 Härtegrade hatte, hat heute das Wasser des fertigen Brunnen nur noch 8 Härtegrade und verschwindende Mengen von Chlor. Das Wasser steigt im Brunnen bis auf 0,60 Meter über Tage, 11 Meter über dem Luftspiegel und hat eine Ergiebigkeit von über 50 cbm je Stunde. Die Bohrung in Landau ausgeführten Wasserbohrungen haben den Beweis erbracht, daß in dem wässrigen Untergrund reiches und weiches Wasser sich befindet, was man bis dahin stets bestritten hatte.

Tregburg (Hlstr.). Die neuen Gemeindevorteilnehmungen finden nunmehr am 24. August statt. Die letzten Wahlen waren befänglich auf Antrag der Kommunisten vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden.

Runklitz. Am Sonntagabend veranlaßten sich die Dorfbeamten von Runklitz zum letzten Male, um nun den ihnen lieb gewordenen Feiertag zu feiern. Die Feier wurde nach Braunkohl hungernden Bagger werden muß. Zum letzten Male wurde in Runklitz Gottesdienst abgehalten. Der Abend gestaltete sich zu einer feierlichen Abschiedsfeier unter Mitwirkung der Bergkapelle der Gewerkschaft Runklitz.

Halle a. S. Aus der Durchführung des Stöbbonzprozesses ist für die Staatsföhr eine Forderung von rund 24 000 RM, an Gebühren und Kosten erwachsen. Für diese Forderung halten die vereinigten Angeklagten als Gegenleistung, b. h. jeder für das Ganze, ein Viertel der Forderung freiwillig, sich leicht haben. In der genannten Summe liegt die verhängten Geldstrafen und die dem Staat für verfallen erklärten Beiträge nicht enthalten.

Salle. Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung verleiht durch das Reichsarbeitsministerium, hat im Interesse der bedrängten Lage der Arbeiterföhr und der gemeinwirtschaftlichen Bedeutung des Ministerialerhebungsberathungen mit den Gewerkschaften der Ministerialverwaltung eingeleitet, die die Wiederaufnahme der Kupferbetriebe dienen sollen.

Die Vermittlung der Reichsregierung hat sich, mit weiterer Berücksichtigung der Angelegenheiten der Kupferbetriebe zu überbrücken, die einer Wiederaufnahme des Kupferbetriebs und Hüttenbetriebes infolge des weiteren Rückganges der Metallpreise unter den Stand vom April ds. Js. und wegen des Widerstandes der Gewerkschaften gegen die vorgeschlagene Copierhaltung entgegensteht. In der zu treffenden Vereinbarung die für das Werk und die mit ihm verbundenen öffentlichen Interessen wünschenswerte Wege zu geben, soll eine unter Vorbehalt des Reichsarbeitsministers zu gründende Kommission die definitive Neuordnung der Hütten und für die Regelung coll. Maßnahme für das Jahr 1931 die maßgebende Unterlage liefern.

Zum Flugzeugsturz bei Merzberg.

Dresden, 16. Juli. Am dem Absturz des der Adhemissen Fliegergruppe Dresden geböhrnen Flugzeuges D 1829 bei Schötopau noch erfahren, ist der schwerer verletzte Flieger Albrecht Bädiger (nicht Krüger) kurz nach seiner Einlieferung ins Merzberger Krankenhaus verstorben. Er war auch der tödlich verunglückte Pilot April von Giedler vor dem Absturz. — Herr von Giedler hatte einen Verwandten, den früheren Kameraden von Trotha, in Schötopau besucht. Nach dem Bunde stieg Herr von Giedler zunächst allein heimwärts, wurde zur Landung gezwungen und fiel. Dann nahm er eine Dame zu einem Anflug mit. Kurz nach dem Start zur Weiterfahrt stürzte das Flugzeug nach vorn ab und fiel auf ein Rüdenfeld. Herr von Giedler, noch vor ab unter dem Flugzeug herab, ihm war der Brustkorb eingedrückt worden, während der Beobachter schwer verletzt war. Dieser, der Student Wähler aus Dresden, ist einige Stunden nach dem Unfall ebenfalls verstorben.

Delitzsch. Polizeikommissar Schulz ist auf Anordnung des zweiten Bürgermeisters amtsentsetzt worden. Dazu erfahren wir folgende Einzelheiten: Polizeikommissar Schulz begab sich am Samstag in Uniförm nach Jöhorau in eine Tante, in der es zu einer Schlägerei kam. Um Verlaute werden erhielt der Polizeibeamte einen schweren Schlag mit einem Bierbech über den Kopf. Die Schlägerei ist über die überführten Polizeibeamte, die die Polizeibeamten gegen sich herausbringen, ihn zur Waage zu bringen, mo er von der Menschenmenge, die sich dort angeammelt hatte, beschimpft wurde. Schulz befindet sich in ärztlicher Behandlung; gegen ihn ist disziplinarische Voruntersuchung beantragt worden.

Bad Harzburg. Bei der Kreisparföhr wurden Veruntreuen im Gesamtbetrag von 80 000 Mark festgestellt. Der Buchhalter wurde in Haft genommen. — Die Kreisparföhr ist eine Zweigstelle der Braunschweigischen Landesparföhr.

Kranichfeld. Um das Defizit im lädlichen Haushalt zu decken, beschloß der Stadtrat die Einführung einer Rauchersteuer.

Olympia



GEBHARDT-BERLIN

Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

Fabrik und Verkaufsbüro:

ERFURT

Mainzerhofplatz 13

Fernsprecher: Erfurt 4820-23

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstraße 110-112 (Haus der Technik); BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Straße 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Naustädter Markt 11; DUSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Straße 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weißenburgstraße 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Ramon Mayrhofer); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters

Neubauer-Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM
Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Will, Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kainmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 RM, die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 RM. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostsparkasse Neuba — Bankverein Aachen.

Nr 84

Donnerstag, den 17. Juli 1930

43. Jahrgang

Hindenburg sagt ab.

Er nimmt an den preussischen Rheinlandfeiern nicht teil.
Berlin, 15. Juli.

Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt, weil das Verbot des Stahlhelms für Rheinland und Westfalen bisher nicht aufgehoben wurde. Er hat seine Abgabe in folgendem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, im Rheinland und in Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unbedenklich und dem Sinne des Gesetzes widersprechend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben ist und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne.

Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbots, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen vermindert hat, wiederholt in Aussicht gestellt, doch wiederholte Erklärungen hierüber sind bisher nicht erfolgt.

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, im Rheinland und in Westfalen, das ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unbedenklich und dem Sinne des Gesetzes widersprechend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben ist und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne.

Diese ungleichermaßen Behandlung ist für mich unerträglich.

Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Gleichberechtigung nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nicht begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist.

Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen.

Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung! gez. Hindenburg.“

Die Reise des Reichspräsidenten nach der Reichs sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, dem 20. Juli, abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Der Einbruch im Reichstag.

Der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten Braun mit der Abgabe des Rheinlandbeschlusses wegen der Nichtaufhebung des Stahlhelmsverbots hat im Reichstag wie eine Bombe gewirkt.

Die bevorstehenden Ereignisse im Reichstage selbst sind gemeinhin völlig in den Hintergrund gedrängt.

Den meisten Abgeordneten ist der Brief gänzlich unbekannt gekommen. In der deutschen Reichstagsfraktion wurde der Wortlaut des Briefes unter lebhaftem Beifall verlesen. Von maßgebender sozialdemokratischer Seite wird der Brief als ein konstitutionell schimmiger Akt bezeichnet.

Man ist dort der Meinung, daß es sich um einen demütigenden Vorstoß handelt, um die preussische Regierungskastellion in Schwierigkeiten zu bringen. Auf Seiten des Zentrums hält man sich in der Beurteilung der Wirkung des Briefes noch zurück. Im Reichstag ist man auch dem Führer des preussischen Zentrums, den Abgeordneten Seif, Das preussische Staatsministerium hat sofort nach Veröffentlichung des Hindenburgbeschlusses eine Sitzung einberufen.

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 16. Juli.

Wie der Ämliche Preussische Presseblatt mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun am unter dem 15. Juli an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Antwortschreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erkennen daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nimmere

von der Wiedereröffnung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten e. B., abgesehen machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher als dadurch ein Wiffstand in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden sehen würde.

Um Ihrem Wunsch, Herr Reichspräsident, auf Wiedereröffnung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der preussische Ministerpräsident, Bezug nehmend, auf das Schreiben des Bundesamts des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt die Wiedereröffnung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihn von der Bundesregierung des Stahlhelms verbindliche Zusicherungen für eine künftige, den betreffenden Gelegenheiten zum zuberlaufenden Zeitpunkt gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Reichspräsidenten über die bisherige Haltung berechtigter Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Infancen der verantwortlichen Bundesbehörden beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms im Rheinland und in Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderläufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gelegentlich zulässigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einmündigen und reichhaltigen Entscheidungsmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwiefern Ihnen, Herr Reichspräsident, dieses Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil die Grundlage gebildet hat.

Ich wäre noch wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelms gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gleichmäßigkeit meines fünftägigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelms die von ihm gegebene Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzgebung entspricht, abgibt und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räume.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihnen bei der Teilnahme an den Befreiungsfeiern, noch zu beheben, und daß es der Befreiungsfeier des preussischen Gebietes vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr verehrt, Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener

gez. Braun.“

Die Entscheidung im Reichstag.

Des Kanzlers Erklärung.

Berlin, 16. Juli.

Wieder ein entscheidungsschwerer Tag im Reichstag: Autos über Autos vor dem Portal, geschäftiges Hin und Her in allen Sitzungssälen und auf den Wandelgängen. Es war aber nicht nur ein sogenannter großer Tag. Die ungewohnte, schwerwiegende Entscheidung, vor der der Reichstag diesmal stand, vererbte in der Seele seine lähmende Spannung, ihre allgemeine Berührung und Auslösung, die sich in allen Mienen ausdrückte und die am Dienstag noch durch die wie eine Bombe wirkende Abgabe Hindenburgs verstärkt wurden. Was wird werden? Diese Frage stand auf allen Gesichtern zu lesen. Auch die Anwesenden, die sich in der letzten Sitzung der Reichstag lautstark und sehr lebhaft diskutierten, wieder vermarken, um einem anderen Platz zu machen. Wie drohendes, schmerzhaftes Gemittergeräusch hallte der Art. 48 über dem Saale. Die Entscheidung war ja eigentlich schon gefallen, als das „Rein“ der Konstitutionellen feststand. Nur darüber, welches der Inhalt des so sorgfältig geheimgehaltenen Kabinettsbeschlusses war, fielen in den Wandelgängen die verschiedensten Kombinationen am Saale wieder man bereit, daß eine Reichstagsauflösung vom Kanzler beschuldigt nicht ausgeschlossen werden würde, weil die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung noch nicht vorlag.

Schließlich nach die entscheidungsschwere Stunde, mo man erkennen leit Zeichen der Meinungsvertiefung bei „präzisiertem Reichstag“ über seinen Kopf hinweg der Art. 48 in Kraft gesetzt werden soll und der vermutlich binnen wenigen Tagen eine noch entscheidungsschwerere folgen wird: die der Auflösung des Reichstages.

Der Sitzungsbericht.

Präsident 9 h 30 eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages wird mit der Beratung der Deckungsanträge verbunden. Zur Beratung stehen zunächst die Anträge wegen des Neudruckes Grubenunglücks. Der Ausschuss schlägt vor, dem Oberbergamt Breslau einen Beitrag bis zu einer Million Mark zu überweisen mit der Aufgabe, daß auch bei vorangegangenen und etwa nachfolgenden Einzunfällen des

niedererleidenen Bergbaues aus diesen Mitteln Beihilfen gewährt werden können. Ferner wird die Reichsregierung ersucht, mit größter Beschleunigung die Ursachen des Unglücks festzustellen und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern. Die Ausschussanträge werden mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Weingeetzes. Nach kurzer Ausprache wird das Weingeß in wesentlichen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Bestimmungen über den Spürröhrwein folgen nicht, weil der Ausschuss beschloß, die 1940, sondern bereits am 1. September 1935 in Kraft treten. In der Schlussabstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Das Haus geht dann zur zweiten Beratung der Deckungsanträge über. Die Regierungsparteien haben die ursprünglichen Regierungsvorlagen und die Bürgervereine als Änderungsanträge eingebracht. Ferner sind verbunden mit der Beratung ein kommunizierender Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung und der Antrag der Reichstagspartei auf Auflösung des Reichstages.

Reichstagsrat Dr. Brüning

leitet die Beratungen ein. Er stellt fest, daß es angeht die geltend gemachten Lage und der wochenlangen Verhandlungen nicht notwendig sei, viele Ausführungen zu machen. Das Volk verlange die Entscheidung und seine weiteren Reden. Auf dem Lande ist ein Gefühl der Unklarheit, das auf eine Neubildung der Reichsregierung hemmend wirkt. Wir stehen vor einer Preisrevolution internationaler Art, die nicht nur die deutsche Regierung zwingen wird, bei den E-schwandlungen sich außerordentlich offengehalten zu verhalten. Eine große Zahl von Produkten hat bereits das Notwendigste unterbrochen. (Zurufe links: Bei uns sind sie teurer geworden!) Es behält sich immer mehr, daß wir es nicht mit einer konjunkturellen Depression vorübergehender Art zu tun haben, sondern mit einer völligen Strukturänderung der gesamten Weltwirtschaft. Wenn eine Reichsregierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, alle notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, dann hätte sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volk schändlich verlegt. (Zustimmung in der Mitte.)

Deshalb müssen wir den Mut haben, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung den Parteien neue Opfer zumuten. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, besteht kein Grund, in schmerzhaften pessimismus zu verfallen.

Die Voraussetzung für die Durchführung aller Maßnahmen, auch der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen, ist aber, daß vorher das Gefühl des Reichstages gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Das Ziel der Regierungspolitik ist eine Politik auf lange Sicht nach einweislichem Plan durchzuführen und geschäftig zu verantern.

Diesem Ziel dienen auch die für den Herbst beschlossenen Maßnahmen. Alle diese Arbeiten werden erfolgreich, wenn das Parlament jetzt die Verantwortung aufbringen würde, seine Pflicht zu erfüllen. Die Reichsregierung ist Verantwortung trag



weist darauf hin, daß große Kreise des Volkes dem Kabinettsrat von Tage keiner Entlassung an hartes Mißtrauen entgegengebracht hätten. Auch die Anhänger des Kabinetts seien durch seine Taten schwer enttäuscht worden. Die Regierung befände sich heute in einer Gasse, aus der es keinen Ausweg gibt; zurück! Wir fordern größere Entschlossenheit in

Universitäts- und Landesbibliothek